

Fachtag „Straßenspiel – Kinder im Verkehr“ am 20.11.2008

Abschluss-Diskussion zur Frage:

Welche Möglichkeiten der Rückgewinnung von Straßenraum für und mit Kindern gibt es?

Kurze Einleitung:

Straßenraum als Verkehrsraum, d.h. hier gilt die Straßenverkehrsordnung!

Straßenraum als Aufenthaltsraum = man kann auch stehen bleiben und schauen und/oder reden ggfs. sogar im Sitzen, wenn eine Bank vorhanden ist.

Straßenraum als Spielraum = wie soll das gehen? Heute gab es viele Hinweise darauf. Die Sperrung der Straße als Verkehrsraum, um für befristete Zeit Kinderspiel zu ermöglichen, ist wohl das populärste Beispiel – aber das hat Aktionstagcharakter.

Die Frage für die Podiumsdiskussion heißt nicht, gibt es Möglichkeiten?

Sondern die Frage lautet: Welche Möglichkeiten der Rückgewinnung von Straßenraum für und mit Kindern gibt es? Wobei das Wort „Rückgewinnung“ darauf verweist, dass früher – zu Zeiten anderer Verkehrsmittel, -gewohnheiten und -belastung – der Straßenraum den Kindern auch zum Spielen zur Verfügung stand.

Franz Tietz (betroffener Vater): Welche Möglichkeit außer Straßensperrung anlässlich eines Aktionstages fällt Ihnen ein? Wenn möglich zunächst nur ein Stichwort bzw. mehrere nennen!

Dieter Kramer (AfSD): Sie vertreten innerhalb des Amtes für Soziale Dienste in Ihrer Arbeit Kinderinteressen. Können Sie die Forderung unterstützen? Haben Sie vielleicht eine andere überzeugende Idee?

Frau Osterloh (ASV): Sie sind auf städtischer Ebene eine der Verwalterin des öffentlichen Straßenraums und werden wahrscheinlich kritisiert von Autofahrern, wenn sie nicht schnell genug ans Ziel kommen, weil sich Ihnen Behinderungen welcher Art auch immer in den Weg stellen. Kann man mit Ihnen über solche Ideen zugunsten der Kinder reden?

Christoph Wach (Unfallkasse): Ja, wenn man immer wach ist und damit in der Lage ist, auf alles gut zu achten, kann doch eigentlich gar kein Unfall passieren! Oder braucht gerade die Unfallkasse jemanden mit einem Namen wie Sie, der auch besonders darüber wacht, dass es zu weniger Unfällen kommt, weil all diejenigen, die für die Sicherheit im Straßenraum verantwortlich sind, nicht alle gleichermaßen wach sind! Verzeihen sie mir mein Wortspiel mit Ihrem Namen!

Herr Behme (Polizei/Verkehrswacht): die Polizei, insbesondere die Verkehrswacht innerhalb der Polizei, überwacht die Verkehrssicherheit. Dabei ist soviel auf Regeln

zu achten – gibt es da überhaupt Spielraum für die geäußerten Ideen? Würde dadurch ein Schilderwald, der eigentlich abgebaut werden soll, weiter auswachsen?

Robert Bücking (Ortsamtsleiter): Wenn Bürger Ideen für Veränderung haben und die öffentliche Verwaltung dies als unbequem und lästig betrachtet, sind Menschen wie Sie gefragt, in Ihrer Vermittlerrolle den Spagat hinzubekommen. Und Sie sind ja durchaus erfolgreich. Wie machen Sie das? Hilft da nur reden oder haben Sie soviel Macht, dass die Verwaltung spürt, wenn Sie etwas sagen?

Jürgen Brodbeck (SpielLandschaftStadt): Sie arbeiten an der Basis! D.h. die Wünsche, aber auch die Möglichkeiten, was man mit Kindern machen kann, was man ihnen abverlangen kann, kennen Sie aufgrund Ihrer langjährigen Arbeit in Aktionen und Modellprojekten wohl ziemlich gut. Sind es große oder eher kleine Brötchen, die hier gebacken werden, wenn Sie sich die Vorschläge bzw. Möglichkeiten der Rückeroberung des Straßenraums vor Augen halten?

All diejenigen, die man braucht, um etwas anzustoßen und umzusetzen, sitzen heute hier auf dem Podium!

Zusammenfassung der Diskussion:

Beklagt wurde, dass öffentliche Planungen zuwenig statistisches Material heranziehen. Am Beispiel der geplanten Reihenhausbauung „Gottfried-Menken-Park“ wurde verdeutlicht, dass die Zahl junger Familien und damit einhergehend die Kinderzahl enorm ansteigen wird. Die Erschließung sei aber so geplant, dass ein ohnehin bestehendes Nadelöhr und Gefahrenbereich für Kinder im Verkehr noch stärker belastet wird. Auch wenn die statistischen Daten in ihrer verfügbaren Aktualität der Zeit hinterherhinken, gibt es Möglichkeiten von Indikatoren, die auf Bevölkerungsentwicklungen hinweisen.

Vor allem im Bereich von Schulen wurden präventive Maßnahmen gefordert. „Man darf nicht warten, bis man mit Unfallzahlen argumentieren kann“. Die kreativen Beispiele anhand von Projekten in Kooperation mit Schulen zeigen, dass das motorisierte Verkehrsaufkommen reduziert werden kann. Eine wichtige Forderung richtete sich daher an Kitas, die bereits vor der Einschulung der Kinder gemeinsam mit Kindern und deren Eltern das Thema „Schulweg“ einüben sollten, damit es gar nicht erst zum Bringen mit dem Auto komme. Ein anderer Übergangsbereich stellt sich für die Grundschul Kinder dar, die in weiterführende Schulen kommen. Hier muss der neue Weg – häufig dann per Rad – rechtzeitig eingeübt werden.

Spielen auf der Straße sollte auf niedrigem Niveau, d.h. mit einfachen Mitteln praktiziert werden. Alles was mit komplizierten Regeln zu tun hat, ist tödlich für das Kinderspiel. Denn Spiel und Spontaneität gehören zusammen. Der erwähnte „Stuhl auf der Fahrbahn“, auf dem z.B. ein Vater sitzt und der zunächst die Kinder vor heranfahrenden Autos schützt, aber auch kurzerhand beiseite genommen werden kann, wurde als einfaches und praktikables Mittel anerkannt. Wünschenswert sei es, wenn ein soziales Milieu für die Straßennutzung hergestellt werden könnte, das auch andere Altersgruppen mit einbezieht. Wenn so etwas entsteht, kommt es auch den Kindern zugute. Auch aus Sicht des Amtes für Straßen und Verkehr wurde bestätigt,

dass private Initiativen sich zurückziehen, wenn Ämter es übernehmen, Regelungen zu erlassen.

Rückblickend auf die Vorträge des Tages ist festzuhalten, dass viele Maßnahmen baulicher Art im Straßenraum, die die Verkehrssicherheit erhöhen, nicht nur für Kinder, sondern auch für andere Altersgruppen – vor allem ältere und gehbehinderte Menschen – von Vorteil sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass in den vergangenen Jahren verstärkt Projekte im Interesse der Kinder initiiert wurden, die sich auf Bewusstseinsbildung und praktisches Verhalten ausrichten und weniger darauf abzielen, bauliche Veränderungen zu fordern. Wobei das Beispiel aus Freiburg zeigt, dass solche Maßnahmen mit ca. 5.000,00 € pro Veränderung zur so genannten Spielstraße mit gleichen Rechten für alle Nutzer den öffentlichen Haushalt nicht allzu stark belasten müssen.

Bremen, 26. November 2008

Renate Viets –team2-

